

Niederschrift
über die 28. Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine
Verwaltung
am 02.12.2019 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Boss, Frank (Mdl)
Decker, Ruth
Fenninger, Georg
Giebels, Harald
Kuckelkorn, Günter
Kühlwetter, Joachim
Petrauschke, Hans-Jürgen
Dr. Schlieben, Nils Helge
Zimball, Wolfgang

SPD

Arndt, Denis
Brodrick, Helmut
Krupp, Ute
Schmitz, Hans
Schulz, Ursula
Walter, Karl-Heinz
Wucherpfennig, Brigitte

Vorsitzende

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bortlitz-Dickhoff, Johannes
Klemm, Ralf
Rickes, Roland

für Peters, Anna

FDP

Haupt, Stephan
Runkler, Hans-Otto

für Effertz, Lars Oliver

Die Linke.

Zierus, Jürgen

FREIE WÄHLER

Spies, Erich

für Bayer, Udo

Verwaltung:

Limbach, Reiner	Erster Landesrat
Dr. Weniger, Wolfgang	GF LVR-InfoKom
Brinkmann, Sabine	Leiterin Stab GGM
Dannat, Knut	Leiter LVR-FB 14
Frankeser, Karl-Heinz	stellv. GF LVR-InfoKom
Hildebrandt, Andreas	Leiter LVR-FB 11
Pagenkopf, Ralf	Leiter LVR-FB 12
Schwamborn, Axel	Leiter LVR-Institut TBE
Soethout, Guido	Leiter LVR-FB 21
Beuel, Stefan (Protokoll)	OE 10.10
Häger, Hildegard	LVR-FB 12
Höyneck, Lydia (bis TOP 10)	LVR-FB 21
Mosbach, Susanne	GPR
Unkelbach, Ingo	OE 12.52

Tagesordnung

A: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 27. Sitzung vom 07.10.2019
3. Anfragen und Anträge
4. Haushalt 2020/2021
 - 4.1. Haushaltsanträge
 - 4.1.1. CO2 Emissionen senken; Haushalt 2020/2021 **14/279 CDU, SPD E**
 - 4.1.2. CO2-Belastung unvermeidbarer Flugreisen kompensieren **14/313 GRÜNE E**
 - 4.1.3. Perspektiven für ein arbeitgeberseitig vollfinanziertes Jobticket im LVR; Haushalt 2020/2021 **14/285 CDU, SPD E**
 - 4.1.4. Haushalt 2020/2021 Haushaltsanträge der Fraktionen: Kostenfreies Jobticket **14/332 Die Linke. E**
 - 4.1.5. Bessere ÖPNV-Anbindung der Museen in Kommern und Lindlar **14/325 GRÜNE E**
 - 4.1.6. Zertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber **14/320 GRÜNE E**
 - 4.1.7. Lastenfahrräder in allen LVR-Kliniken **14/314/1 GRÜNE E**
 - 4.1.8. Ermöglichung von Mitarbeiterrabatten; Haushalt 2020/2021 **14/291 SPD, CDU E**
 - 4.1.9. Entwicklung und Implementierung einer Digitalisierungsstrategie im LVR unter Beteiligung der Bürger*innen, Mitgliedskörperschaften, Mitarbeiter*innen und Expert*innen; Haushalt 2020/2021 **14/284 CDU, SPD E**
 - 4.1.10. Mitarbeitendenbefragung; Haushalt 2020/2021 **14/281 CDU, SPD E**
 - 4.1.11. Etablierung eines Personalarztes; Haushalt 2020/2021 **14/292 SPD, CDU E**
 - 4.1.12. Unterstützungsmöglichkeiten nach § 16 i SGB II; Haushalt 2020/2021 **14/295 SPD, CDU E**
 - 4.2. Unterstützung der Schülerfahrten **14/3810 E**
 - 4.3. Haushaltsentwurf 2020/2021; hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung **14/3645/1 B**
5. Stellenplan 2020/2021
 - 5.1. Entwurf Stellenplan 2020/2021 **14/3517/1 B**

6. Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst); Haushalt 2019 **14/3686 K**

7. Weiterentwicklung der Strukturen und Angebote des Betrieblichen Gesundheitsmanagements im LVR **14/3806 K**

8. Verschiedenes

B: Betriebsausschuss LVR-InfoKom

9. Wirtschaftsplanentwurf 2020 sowie Veränderungsnachweis zum Wirtschaftsplanentwurf von LVR-InfoKom **14/3777 E**

10. Verschiedenes

C: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung

11. Niederschrift über die 27. Sitzung vom 07.10.2019

12. Anfragen und Anträge

13. Rheinland Kultur GmbH
Evaluation der Marktkonformitätsuntersuchung 2016 im Gebäudereinigungsbereich **14/3791 K**

14. Personalmaßnahmen

14.1. Personalmaßnahmen
hier: Dringlichkeitsentscheidungen **14/3785 K**

14.2. Personalmaßnahmen
hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung **14/3802 B**

14.3. Personalmaßnahmen
hier: Zuständigkeit des Landschaftsausschusses **14/3803 E**

15. Verschiedenes

D: Betriebsausschuss LVR-InfoKom

16. Bestellung zum Stellvertreter des Betriebsleiters in der Betriebsleitung der Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnik des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR-InfoKom) **14/3792 E**

17. Dritter Quartalsbericht 2019 von LVR-InfoKom **14/3768 K**

18. Vergabeangelegenheiten

18.1. Übersicht der Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb von LVR-InfoKom ab einer Summe von 10.000 EUR für den Zeitraum vom 07.09.2019 bis 05.11.2019 **14/3799 K**

18.2. Geplante Vergaben über Liefer- und Dienstleistungen sowie Aufträge für freiberufliche Leistungen ab einem Vergabewert von mehr als 300.000 EUR (brutto)

14/3801 B

19. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 10:45 Uhr

Ende nichtöffentlicher Teil: 11:00 Uhr

Ende der Sitzung: 11:00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung bestehen keine Bedenken.

Punkt 2

Niederschrift über die 27. Sitzung vom 07.10.2019

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

Punkt 3

Anfragen und Anträge

Über die unter TOP 4.1 genannten Haushaltsanträge hinaus, liegen keine weiteren Anfragen und Anträge vor.

Punkt 4

Haushalt 2020/2021

Punkt 4.1

Haushaltsanträge

Punkt 4.1.1

CO2 Emissionen senken; Haushalt 2020/2021

Antrag Nr. 14/279 CDU, SPD

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"1.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Mobilitätskonzept zu erstellen und Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer deutlichen Reduzierung von CO₂-Emissionen führen.

2.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, die verursachten CO₂-Emissionen im Bereich der Mobilität ab einem sich aus dem Konzept ergebenden Basisjahr jährlich um 3% - 5% zu senken.

3.

Hierzu soll ein geeigneter Maßnahmenkatalog erarbeitet werden.

4.

Über den kontinuierlichen Umsetzungsprozess soll die Verwaltung die politische Vertretung regelmäßig unterrichten, auch unter Berücksichtigung der Entwicklung der CO₂-Emissionen aufgrund von Dienstreisen."

Punkt 4.1.2

CO₂-Belastung unvermeidbarer Flugreisen kompensieren Antrag Nr. 14/313 GRÜNE

Herr Bortlitz-Dickhoff regt an, die beiden Absätze des Beschlussvorschlags getrennt zur Abstimmung zu stellen. Hierzu stellt die **Vorsitzende** Einvernehmen im Ausschuss fest.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst zu Absatz 1 des Beschlussvorschlags einen **einstimmigen** empfehlenden Beschluss.

Absatz 2 des Beschlussvorschlags lehnt der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke ab.

"Die Verwaltung wird beauftragt, die beim LVR geltenden Regelungen für Dienstreisen unter Klimaschutzaspekten zu bearbeiten. Dabei ist die Vermeidung von Flugreisen ein wesentlicher Aspekt. Grundlage der Überarbeitung sollen die „Leitlinien für umweltverträgliche Dienstreisen im Umweltbundesamt“ sein."

Punkt 4.1.3

Perspektiven für ein arbeitgeberseitig vollfinanziertes Jobticket im LVR; Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 14/285 CDU, SPD

Der Antrag wird eingehend diskutiert. Hieran beteiligen sich die Herren **Boss, Zierus, Spies, Runkler und Bortlitz-Dickhof**.

Herr Boss verdeutlicht, dass der Antrag einen Prüfauftrag unter rechtlichen und monetären Gesichtspunkten darstelle und man mit den Ergebnissen dieser Prüfung zu gegebener Zeit weiterarbeiten wolle.

Herr Zierus signalisiert diesen Weg mitzutragen, weil das Ziel entscheidend sei, wirbt aber dafür, diesen Antrag gemeinsam mit dem weitergehenden Antrag 14/332 der Fraktion Die Linke zu beschließen. Diesem Vorschlag kann sich **Herr Boss** nicht anschließen, da der finanzielle Rahmen dieses Antrags nicht absehbar sei. Er kann auch der Bitte von **Herrn Spies** nicht folgen, über die Absätze des Beschlussvorschlags einzeln abzustimmen.

Herr Runkler signalisiert für seine Fraktion Zustimmung zu dem Antrag, bittet aber auch die arbeits- und/oder steuerrechtlichen Komponenten des Antrags in die Prüfung

miteinzubeziehen. Ein arbeitgeberseitig vollfinanziertes Jobticket stelle möglicherweise einen geldwerten Vorteil dar. Weiterhin stelle sich die Frage, ob Mitarbeitende, die aufgrund schlechter ÖPNV-Anbindung (z. B. Außenwohngruppe eines HPH) das Jobticket nicht nutzen können, alternativ weiterhin die Entfernungspauschale nutzen können. Für diesen Personenkreis müsse eine mögliche Benachteiligung in enger Abstimmung mit der Personalvertretung betrachtet werden. Die Prüfung sollte auch die unterschiedlichen Voraussetzungen zur Abnahmequote bei den Verkehrsverbänden, z B. beim VRR und VRS, in den Blick nehmen.

Herr Bortlitz-Dickhoff begrüßt den Antrag für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN als klimapolitisches Signal eines großen Arbeitgebers und Dienstherrn, auch wenn die Umlagefinanzierung des LVR im Kontext eines arbeitgeberseitig vollfinanzierten Jobtickets sicher problematisch sei. Fraglich sei die Höhe der Abnahmequote, weil der ÖPNV in der Fläche nicht überall gleich gut nutzbar sei. Die Verwaltung müsse zur Realisierung eines flächendeckenden Jobtickets mit den Verkehrsverbänden über die Grundlagen und Tarifbestimmungen verhandeln. Dabei müsse man auch die Ergebnisse der letzten Verbandsversammlung des VRS und das Bemühen des VRS, sich mit seinem Pilotprojekt Check-In/Check-Out Handytarif durch das Modelprojekt 365 Euro der Bundesregierung fördern zu lassen, in den Blick nehmen, sprich sich in diese Diskussion als LVR einbringen.

Herr Boss regt an, die Hinweise von Herrn Runkler zur Niederschrift zu nehmen und damit zum ergänzenden Gegenstand des Prüfauftrags zu machen.

Die **Vorsitzende** stellt hierzu Einvernehmen im Ausschuss fest und weist darauf hin, dass der Antrag nicht getrennt nach Absätzen, sondern in Gänze zu beschließen sei.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Fraktion Freie Wähler folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob ein arbeitgeberseitig/dienstherrnseitig vollfinanziertes Jobticket für Beschäftigte und Beamtinnen und Beamte des LVR unter rechtlichen Aspekten realisierbar ist, mit welchen jährlichen Kosten diese Maßnahme verbunden wäre und welche anderen öffentlichen Arbeitgeber in NRW und der Bundesrepublik sich bisher hierzu entschlossen haben.

Sofern in NRW rechtliche Hinderungsgründe gegen eine solche Maßnahme bestehen, wird die Verwaltung außerdem gebeten darzustellen, auf welchem Weg zunächst etwaige Rechtsgrundlagen anzupassen wären.

Darüber hinaus wird sie beauftragt, der Landesregierung bzw. dem Kommunalen Arbeitgeberverband zu empfehlen, die tarif- und besoldungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, (auch) für Beschäftigte und Beamt*innen der Kommunen und damit auch für die Mitarbeiter*innen des LVR ein unentgeltliches Job-Ticket zu ermöglichen."

Punkt 4.1.4

Haushalt 2020/2021 Haushaltsanträge der Fraktionen: Kostenfreies Jobticket Antrag Nr. 14/332 Die Linke.

Herr Zierus regt an, den ersten Satz des Beschlussvorschlags zu diskutieren und über diesen abzustimmen und den Beschluss über den zweiten Satz des Beschlussvorschlags bis zu einer Klärung der finanziellen Auswirkungen zurückzustellen. Bei Satz eins des Beschlussvorschlags gehe es um die Gleichbehandlung aller Mitarbeitenden des LVR.

Frau Wucherpfennig entgegnet, dass der Antrag 14/285 der Fraktionen CDU und SPD alle Mitarbeitenden des LVR einschließe und insofern ein Beschluss über den Antrag der Fraktion Die Linke überflüssig sei.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung lehnt den Antrag **mehrheitlich**

mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Freie Wähler gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke ab.

Punkt 4.1.5

Bessere ÖPNV-Anbindung der Museen in Kommern und Lindlar Antrag Nr. 14/325 GRÜNE

Herr Bortlitz-Dickhoff erläutert kurz den Antrag, der das Ziel verfolge, die Erreichbarkeit der Freilichtmuseen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu verbessern. Der letzte Satz des Beschlussvorschlags sei in den vorberatenden Ausschüssen gestrichen, sprich nicht beschlossen worden.

Es besteht Einvernehmen im Ausschuss, wie in den vorberatenden Gremien zu verfahren und den zweiten Satz des Beschlussvorschlags zu streichen.

Herr Schmitz weist darauf hin, dass die Verbesserung der ÖPNV-Anbindung für das Freilichtmuseum Kommern bereits auf Kreisebene realisiert sei. Auch für Lindlar sei dies letztlich Sache der Gemeinde Lindlar bzw. des Oberbergischen Kreises.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den betroffenen Kommunen und dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg mit dem Ziel zu führen, eine bessere ÖPNV-Anbindung für die Freilichtmuseen in Kommern und Lindlar zu erreichen."

Punkt 4.1.6

Zertifizierung als fahrradfreundlicher Arbeitgeber Antrag Nr. 14/320 GRÜNE

Herr Bortlitz-Dickhoff weist darauf hin, dass der ADFC eine Institution mit Signalwirkung sei und eine Zertifizierung für den LVR von Vorteil sei.

Frau Wucherpfennig hält eine Zertifizierung des Flächenverbandes LVR nicht für nötig. Von daher werde man dem Antrag nicht folgen, auch wenn der Umweltausschuss einen einstimmigen empfehlenden Beschluss gefasst habe.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung lehnt den Antrag **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, Die Linke und Freie Wähler ab.

Punkt 4.1.7

Lastenfahrräder in allen LVR-Kliniken Antrag Nr. 14/314/1 GRÜNE

Nach einem kurzen Austausch besteht Einvernehmen im Ausschuss, den Antrag, wie in den Krankenhausausschüssen 1 und 4 sowie im Gesundheitsausschuss, mit einem geänderten Beschlussvorschlag als Prüfauftrag an die Klinikvorstände zu beschließen.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst in Abänderung des ursprünglichen Beschlussvorschlags **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Vorstände der LVR-Kliniken werden beauftragt, die Möglichkeit des Einsatzes von

Lastenfahrrädern in den LVR-Kliniken zu prüfen."

Punkt 4.1.8

Ermöglichung von Mitarbeiterrabatten; Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 14/291 SPD, CDU

Zu dem Antrag wird eine eingehende Diskussion geführt, an der sich die **Herren Runkler, Boss, Brodrick und Bortlitz-Dickhoff sowie Frau Wucherpfennig** beteiligen.

Herr Runkler meldet Bedenken aus Wettbewerbsgesichtspunkten an und hält es in diesem Zusammenhang für wichtig, dass die Produkte, die für eine Rabattierung in Betracht kommen, zwischen Verwaltung und Personalvertretung festgelegt werden. Er bittet ausdrücklich, dies zu Protokoll zu nehmen.

Herr Bortlitz-Dickhoff weist kritisch auf die Frage der Werbefinanzierung von Corporate Benefits hin. Hier sei es wichtig, das sog. Kleingedruckte zu beachten.

Herr Boss verdeutlicht, dass die genannten Punkte Gegenstand der Antragsprüfung durch die Verwaltung seien und in diesem Rahmen zu klären seien. Der Antrag umfasse selbstverständlich auch den Dialog mit den Mitarbeitenden bzw. ihrer Interessenvertretung.

Herr Brodrick ergänzt, dass es sich um ein Portal handle, für das sich jede Firma bewerben könne. Zudem bestehe laut **Frau Wucherpfennig** für die Mitarbeitenden kein Zwang, ein solches Portal zu nutzen.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beschäftigten des LVR Mitarbeiterrabatte mittels eines Anbieters für die Verwaltung von Mitarbeiterangebotsprogrammen zu ermöglichen."

Punkt 4.1.9

Entwicklung und Implementierung einer Digitalisierungsstrategie im LVR unter Beteiligung der Bürger*innen, Mitgliedskörperschaften, Mitarbeiter*innen und Expert*innen; Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 14/284 CDU, SPD

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, eine Digitalisierungsstrategie zu entwickeln und im Verband zu implementieren. Angesichts der Aufbauphase des neuen Dezernats wird hierzu auch auf externe Expertise zurückzugreifen sein.

Die Digitalisierungsstrategie soll unter anderem ethische und soziale Fragestellungen, Haltung und Kultur des LVR zu den drängenden Themen dieser Zeit beinhalten. Dabei sollen vor allem die Veränderungen in der Arbeitswelt sowie die Kommunikationsstrukturen und Leistungsbeziehungen zu den Zielgruppen des LVR beleuchtet werden.

In einem sowohl nach innen als auch nach außen gerichteten partizipativen Entwicklungsprozess sollen nach Möglichkeit insbesondere die Bürger*innen,

Mitgliedskörperschaften und Mitarbeiter*innen, aber auch Expert*innen aus Wirtschaft und Wissenschaft miteinbezogen werden.

Die so gewonnenen (Zwischen-)Ergebnisse sollen auf einer Fachtagung oder in einem ähnlichen Format einem breiten Publikum präsentiert werden.

Die finanziellen Auswirkungen – auch durch die Einbeziehung von externen Expert*innen resultierenden Kosten sind bei der Planung des kommenden Doppelhaushaltes mit zu berücksichtigen."

Punkt 4.1.10

Mitarbeitendenbefragung; Haushalt 2020/2021

Antrag Nr. 14/281 CDU, SPD

Es erfolgt ein kurzer Austausch, der auch die Frage von **Herrn Bortlitz-Dickhoff** zum Gegenstand hat, ob beim Ausbau der Angebote des BGM auch eine Nutzung der Angebote durch Angehörige von Mitarbeitenden angedacht sei.

Herr Boss regt an, dies zu Protokoll zu nehmen und zum Gegenstand des Prüfauftrags zu machen. Hierüber besteht Einvernehmen im Ausschuss.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird damit beauftragt, im Rahmen der nächsten turnusgemäßen LVR-Mitarbeitendenbefragung im Jahr 2021 zu ermitteln, welche zusätzlichen Maßnahmen und Angebote des LVR als Dienstherr und Arbeitgeber für seine Mitarbeitenden als sinnvoll und attraktiv wahrgenommen und bewertet werden und wie der Angebotskatalog nachfragegerecht weiterentwickelt werden kann."

Punkt 4.1.11

Etablierung eines Personalarztes; Haushalt 2020/2021

Antrag Nr. 14/292 SPD, CDU

Herr Runkler bezweifelt, dass die Etablierung einer/eines Personalärztin/Personalarztes mit Blick auf die kassenärztliche Praxis ein geeigneter Weg sei.

Ähnlich sieht es **Herr Spies**, der neben der Konkurrenz zu niedergelassenen Ärzt*innen, die Nähe der/des Ärztin/Arztes als Arbeitnehmer*in des LVR für problematisch halte.

Herr Brodrick vermag die Bedenken nicht zu teilen. Der Antrag zielt auf eine schnellere ärztliche Versorgung für die Mitarbeitenden des LVR und eine mögliche Senkung der Krankenquote, die beim LVR deutlich über dem Durchschnitt der freien Wirtschaft liege, ab. Die freie Arztwahl und die ärztliche Schweigepflicht bleibe hiervon selbstverständlich unberührt.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Freie Wähler folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und ggfs. unter welchen Voraussetzungen ein „Personalarztmodell“ rechtlich zulässig ist und bejahendenfalls eine Kalkulation vorzunehmen, mit welchem finanziellen Aufwand die Umsetzung verbunden wäre."

Punkt 4.1.12

Unterstützungsmöglichkeiten nach § 16 i SGB II; Haushalt 2020/2021 Antrag Nr. 14/295 SPD, CDU

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit die arbeitsmarktpolitischen Unterstützungsmöglichkeiten des § 16 i SGB II beim LVR als Arbeitgeber in Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Stellen (z. B. Jobcenter) insbesondere auch für langzeitarbeitslose Menschen mit Behinderung genutzt werden können."

Punkt 4.2

Unterstützung der Schülerfahrten Vorlage Nr. 14/3810

Nach einem kurzen Austausch stellt die **Vorsitzende** Einvernehmen im Ausschuss fest, die Vorlage 14/3810, die erst heute vor der Sitzung als sog. Tischvorlage ausgelegt wurde, ohne Beratung und Votum an die nachberatenden Gremien zu verweisen.

Punkt 4.3

Haushaltsentwurf 2020/2021; hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung Vorlage Nr. 14/3645/1

Herr Klemm führt aus, dass sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht an der Abstimmung beteiligen werde, da man sich noch nicht auf eine abschließende Haltung zum Gesamthaushalt verständigt habe.

Herr Zierus kündigt für die Fraktion Die Linke an, ebenso zu verfahren.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst, bei Nichtteilnahme der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke, **einstimmig** folgenden Beschluss:

"1) Dem Entwurf des Haushaltes 2020/2021 für die Produktgruppen 067, 068, 072 und 084 im Produktbereich 01 wird gemäß Vorlage 14/3645/1 zugestimmt.

2) Dem Entwurf des Haushaltes 2020/2021 einschließlich des Veränderungsnachweises der Produktgruppen 070 und 071 im Produktbereich 01 wird gemäß Vorlage 14/3645/1 zugestimmt."

Punkt 5

Stellenplan 2020/2021

Punkt 5.1

Entwurf Stellenplan 2020/2021 Vorlage Nr. 14/3517/1

Herr Limbach verweist auf eine entsprechende Nachfrage in einem der vorbereitenden Arbeitskreise und geht kurz auf die Einrichtung von Stellen im Bereich der LVR-

Stabsstelle MiQua ein. Wegen der Verzögerung der Museumseröffnung, sei eine Stelle für den Bereich Marketing/Sponsoring für 2021 statt 2020 vorgesehen. Über die Einrichtung weiterer acht Stellen werde in Abhängigkeit vom Eröffnungszeitpunkt zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Herr Klemm erklärt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch an dieser Abstimmung nicht beteiligen werde, da der Stellenplan Bestandteil des Haushaltes sei und man sich noch nicht auf eine abschließende Haltung zum Gesamthaushalt verständigt habe.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst, bei Nichtteilnahme der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **einstimmig** folgenden Beschluss:

"Dem Entwurf des Stellenplans für die Jahre 2020 und 2021 gemäß Vorlage Nr. 14/3517/1 wird zugestimmt."

Punkt 6

Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst); Haushalt 2019

Vorlage Nr. 14/3686

Herr Limbach geht kurz erläuternd auf die Vorlage ein. Er weist dabei insbesondere auf das Übertreffen der 5 %-igen Pflichtquote der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen auch in der Laufbahngruppe 2 und die Grenze der sog. umgekehrten Diskriminierung hin.

Herr Runkler regt an, den Personalbericht künftig um Angaben dazu zu ergänzen, ob Mitarbeitende bereits mit einer Schwerbehinderung beim LVR eingestellt worden seien oder sich diese erst im Laufe der Beschäftigung beim LVR ergeben habe.

Herr Limbach sagt zu, den Personalbericht um entsprechende Angaben zu ergänzen, wenn sich diese ohne großen Aufwand ermitteln lassen.

"Die Ausführungen der Verwaltung zur Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst) werden gemäß Vorlage 14/3686 zur Kenntnis genommen."

Punkt 7

Weiterentwicklung der Strukturen und Angebote des Betrieblichen Gesundheitsmanagements im LVR

Vorlage Nr. 14/3806

Zu diesem TOP gibt es keine Anmerkungen.

"Die Ausführungen der Verwaltung zum Beschluss der Landschaftsversammlung über den Antrag 14/220 werden gemäß Vorlage 14/3806 zur Kenntnis genommen."

Punkt 8

Verschiedenes

Zu diesem TOP gibt es keine Anmerkungen.

Punkt 9

**Wirtschaftsplanentwurf 2020 sowie Veränderungsnachweis zum
Wirtschaftsplanentwurf von LVR-InfoKom
Vorlage Nr. 14/3777**

Herr Dr. Weniger weist insbesondere auf den mit dem Auszug aus dem LVR-Haus und der Grundstücksveräußerung verbundenen Sondereffekt hin.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

"1. Der Entwurf des Wirtschaftsplanes von LVR-InfoKom für das Jahr 2020 einschließlich des Kassenkreditrahmens sowie der Veränderungsnachweise zum Erfolgs- und Investitionsplan wird in der Fassung der Vorlage 14/3777 festgestellt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Wirtschaftsplanentwurf 2020 bis zur Drucklegung noch an die aktuelle Entwicklung anzupassen und ggf. erforderliche Änderungen ohne Einzelaufführung im Veränderungsnachweis bei der Drucklegung des endgültigen Wirtschaftsplanes vorzunehmen, soweit diese keine Auswirkungen auf das ausgewiesene Ergebnis haben."

Punkt 10
Verschiedenes

Herr Dr. Weniger verweist auf die Pressemeldungen zu LOGINEO, wonach zunächst eine Nutzung der Software durch die Lehrer*innen beabsichtigt sei. Aufgabe des LVR bzw. von LVR-InfoKom sei es aktuell, das Land beim Test neuer Softwareversionen zu unterstützen.

Unter Bezugnahme auf die Vorlage 14/550 "Organisationsprinzipien von LVR-InfoKom" unterrichtet **Herr Dr. Weniger** den Ausschuss zudem darüber, dass LVR-InfoKom im ersten Quartal 2020 mit einer neuen Aufbauorganisation aufgestellt werde. Dabei werde die Funktion der zweiten Geschäftsführung bis auf weiteres ebenso wenig zum Einsatz kommen wie die Funktion der Geschäftsbereichsleitungen. Grund hierfür sei die wirtschaftliche Lage von LVR-InfoKom, die ein vorsichtiges Handeln gebiete. Mit dem Strukturierungsmerkmal der Teamleitungen sei man in der Lage, eine Führungsspanne zu realisieren, die eine zukunftsfähige Organisation möglich mache.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung nimmt die Informationen zustimmend zur Kenntnis.

Die **Vorsitzende** verabschiedet Herrn Frankeser, der heute wegen seines bevorstehenden Wechsels als Fachbereichsleiter in das Dezernat 6 letztmalig in seiner Funktion als stellvertretender Geschäftsführer von LVR-InfoKom am Ausschuss teilnehme. Sie dankt ihm im Namen des Ausschusses für die langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Wuppertal, den 02.01.2020

Köln, den 09.12.2019

Köln, den 11.12.2019

Die Vorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Betriebsleitung
LVR-InfoKom

Schulz

Limbach

Dr. Weniger